

TAGUNGEN

Das europäische Parlament drängt

Zwei Momente gaben der Novembertagung des Europäischen Parlaments in Straßburg ein besonderes Gepräge. Das eine war die sehr ausgiebige Aussprache über das Verhältnis zu den überseeischen, vor allem den afrikanischen Ländern, die seit ihrem Ausscheiden aus der Überhoheit ihrer Kolonialmächte mit der EWG assoziiert bleiben, also die Vorteile des gemeinsamen Marktes weiter genießen wollen. Eine Studienreise von sieben Abgeordneten in ostafrikanische Länder — es war die zweite ihrer Art, jedoch die erste in eben erst selbständig gewordene Gebiete, die nun ganz auf sich gestellt ihre staatlichen, wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben zu lösen haben — gab den besonderen Anlaß, die Entwicklungshilfe von diesen neuen Gesichtspunkten her zu behandeln. Es erübrigt sich, hier auf Einzelheiten dieser überaus anregenden und vielseitigen Aussprache einzugehen, zumal Interessenten die Möglichkeit haben, die drei großen Berichte über die Reise durch die Drucksachen des Parlaments und die Debatte selbst aus den Protokollen zur Kenntnis zu nehmen. Die Entschließung, die dazu gefaßt wurde, bekräftigt die Notwendigkeit, der Assoziierung der betreffenden Länder eine paritätische Grundlage zu geben. Sie weist ferner darauf hin, daß die Handelsbeziehungen mit diesen Staaten gefördert werden sollen, fordert die Schaffung einer Einrichtung zur Stabilisierung der Rohstoffpreise

sowie eine Beschleunigung der Gewährung von Mitteln aus dem Europäischen Stabilisierungsfonds, macht ferner Vorschläge für eine Sozialpolitik, die zum Ziel hat, das staatsbürgerliche und gewerkschaftliche Bewußtsein zu fördern und regt den Ausbau der Schulinrichtungen an. Ihrem ganzen Tenor nach decken sich alle diese Vorschläge mit den Vorstellungen, die auch die Gewerkschaften bei ihrer Hilfe für die Entwicklungsländer leiten.

Mehr am Rande der Tagung trat ein Projekt hervor, das bereits in den nächsten Wochen greifbare Formen annehmen soll und bestimmt dazu beitragen wird, die schwierige Frage einer Lösung näherzubringen, wie denn eigentlich die Parität der hilfsbedürftigen Länder mit den Geldgeberstaaten und mit der EWG herzustellen ist. Hier hat das Europäische Parlament eine außerordentlich bemerkenswerte Initiative ergriffen, indem es die Parlamentarier der in ihrer Selbständigkeit noch jungen Länder mit denen in Straßburg zu einer Konferenz zusammenführen will, die im nächsten Juni stattfinden, aber bereits im Januar vorbereitet werden soll. Gedacht ist ferner an die Bildung von sog. Assoziierungsräten, in denen die Empfängerstaaten ihre Wünsche geltend machen können. Ein solcher Austausch von Erfahrungen und Anregungen aus der Praxis kann, das zeigte die Beratung in Straßburg deutlich, wesentlich mithelfen, die sozialen und kulturellen Interessen der Entwicklungsländer wirksam herauszustellen gegenüber der mehr geschäftlichen Behandlung der ganzen Frage, wie man

sie in Kreisen gewisser Fachleute oft genug beliebt.

Hochpolitisch wurde die Tagung durch ein sogenanntes Kolloquium, bei dem neben den Präsidenten der Leitungsorgane der drei Gemeinschaften, EWG, Euratom und Montanunion, auch die Außenminister der sechs beteiligten Staaten zugegen oder mindestens vertreten waren. Ihnen, den Außenministern, obliegt ja die letzte Entscheidung bei EWG und Euratom, während die Hohe Behörde der Montanunion im Rahmen des Vertrags autonom ist. In dieser Aussprache nun trat mit aller wünschenswerten Klarheit zutage, daß das Parlament endlich einmal aus den vielen Provisorien herauskommen möchte, mit denen die sachliche Arbeit seit den Römer Verträgen belastet ist. Der erste Schritt dazu soll eine Zusammenlegung der sog. Exekutiven, eben der Leitungsorgane, zu einer einzigen Stelle sein. Diese wurde mehrfach gefordert, ohne daß es bisher zu positiven Maßnahmen gekommen wäre. Daran knüpfte eine Kritik an, die von allen Seiten des Hauses mehr oder minder geteilt wurde und die sich nun auch gegen alle anderen Verzögerungen und Versäumnisse bei der Integrierungspolitik richtete. Ein Sprecher der christlich-demokratischen Fraktion, deren Vertreter in so gut wie allen beteiligten Regierungen sitzen, drohte sogar mit der Einbringung eines Mißtrauensvotums für den Fall, daß die Zusammenlegung der drei Exekutiven nicht bis zum Ende dieses Jahres erfolgt. In diesem Hause ist eine solche Drohung ganz außergewöhnlich, die Wirkung eines Mißtrauensantrags politisch auch schwer abzusehen. Es bedurfte des ganzen diplomatischen Geschicks des holländischen Außenministers Luns, um der Debatte ihre Schärfe zu nehmen.

Als bedeutsames Moment mögen hier die Bedenken verzeichnet werden, die gegen die Pläne Frankreichs zur Gründung eines besonderen politischen Sekretariats gerade bei den kleineren Ländern aufgetaucht sind. Die allzu starke Betonung der deutsch-französischen Freundschaft weckt sichtlich Befürchtungen, die beiden Großen der Europäischen Gemeinschaft könnten sich über die Interessen der kleineren Völker hinwegsetzen. *De Gaulles* Parole von einem Europa der Vaterländer wird jedenfalls von allen denen, die aus Europa eine echte Gemeinschaft der Völker machen möchten, mit aller Skepsis aufgenommen wo nicht abgelehnt.

Sowohl in den zahlreichen Entschließungen, die sich u. a. für eine aufgeschlossene Politik gegenüber den noch außenstehenden Ländern und für eine positive Sozialpolitik einsetzen, als auch in der Debatte kam zum Ausdruck, wie sehr das Europäische Parlament entschlossen ist, der Stimme der Volksvertreter gegenüber der Bürokratie von Ministern und internationalen Behörden weltweit Gehör zu

verschaffen. Das ist das Beste, was man von der einzigen gesetzlich und vertraglich untermauerten Volksvertretung einer europäischen, auf politische Ziele gerichteten Gemeinschaft sagen kann. Zu wünschen bleibt, daß ihre Arbeit auch in den Beschlüssen der beteiligten Regierungen so beachtet wird, wie die Sache es erfordert.

Artur Saternus

Die europäische Wirtschaftsgemeinschaft und ihre sozialen Probleme

Vom 28. bis 30. November 1960 fand in Hamburg eine Tagung statt, zu der der Landesverband Hamburg der Europa-Union in Zusammenarbeit mit dem Verbindungsbüro der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in Bonn eingeladen hatte. Verhandlungsgegenstand waren die sozialen Probleme in der EWG. Das einleitende Referat hielt Prof. Dr. *Hans R. Müller-Schwefe* von der Universität Hamburg. Er gliederte sein Thema „Die geistige Bedeutung der sozialen Probleme in den EWG-Ländern“ in die vier Fragenkreise von der Menschlichkeit in der industriellen Gesellschaft, vom Miteinanderleben, vom Bildungsproblem und von der Freizeit. Kritik an dem unausgeglichene menschlichen und sachlichen Zustand unserer Zeit, Sorge um Überspannung und Zerfall und Forderung nach rascher und zeitlich gültiger Abhilfe bildeten den Tenor seiner mahnenden Darlegungen: „Wer nur nach Profit fragt, wird schon in der zweiten Generation zu einem negativen Ergebnis gelangen.“ Nur von der Sicht einer umfassenden Neugestaltung der Sozialpolitik, bei der kritisches Denken und christliches Ethos sich zusammenfinden müssen, sei die europäische Geschichte regenerationsfähig. Die Frage, ob das christliche Ethos noch ansprechbar und wirkungskräftig genug ist, um die Freiwilligkeit von „Opfer und Zucht“ im Prozeß der gesellschaftlichen Erneuerung in Europa wirksam werden zu lassen, blieb in der Schwebe. Vielleicht ist es gerade das, was den Osten befähigte, eine andere und neue Welt nicht nur zu entdecken, sondern auch zu gestalten, allerdings unter dem Zwang von Opfer und Zucht.

„Die soziale Lage in den sechs Ländern der EWG“ und „Die Freizügigkeit der europäischen Arbeitnehmer“ schilderte *Heinz Henze*, Abteilungsleiter in der Generaldirektion V der EWG in Brüssel. Damit trat die Tagung in den Abschnitt informierender Vorträge ein, die bestimmte Gebiete gemeinsamer sozialpolitischer Maßnahmen zum Gegenstand hatten. In der EWG gibt es ein starkes soziales Gefälle. Das hat zu inhaltlichen Beschränkungen bei der sozialpolitischen Zielsetzung geführt. Die vorgesehenen gemeinsamen Aufgaben der Beschäftigung des Arbeits-

rechts und der Arbeitsbedingungen, der beruflichen Ausbildung und Fortbildung, der sozialen Sicherheit usw. erfordern jeweils vergleichende Grundlagenhebungen, die viel Zeit beanspruchen. Deshalb sind zunächst solche sozialpolitischen Fragenkomplexe in Angriff genommen und geregelt worden, die unmittelbaren Einfluß auf die Verwirklichung wirtschaftlicher Zielsetzungen des Gemeinsamen Marktes haben. Dazu gehört u. a. auch die Freizügigkeit, die in den Art. 48 bis 51 des Vertrages vorgesehen und in den Einzelheiten abgegrenzt ist. Ein gewisses Mindestprogramm liegt auf diesem Gebiet nun als Kommissionsvorschlag vor und soll in nächster Zeit realisiert werden.

Unter den elf Hauptpunkten des EWG-Vertrages kommt dem Vorhaben, einen europäischen Sozialfonds zu schaffen, besondere Bedeutung zu. Die Art. 123 bis 125 befassen sich mit dieser Materie. Dr. *Ewald Jansen*, Sachbearbeiter für den Sozialfonds in Brüssel, erörterte in seinem Vortrag die grundlegende Rolle dieses Fonds für ein allgemeines Gleichgewicht innerhalb der EWG und nannte ihn das Hauptinstrument für die Koordinierung einer harmonischen wirtschaftlichen Entwicklung. Die hier vorgesehenen, nicht rückzahlbaren Beihilfen sind gleich bedeutungsvoll für den sozialen und den ökonomischen Bereich. Beihilfen aus dem Sozialfonds sind Stützen für den Produktivitätsfortschritt im Gemeinsamen Markt. Sie ermöglichen aber auch die erforderliche allgemeine Politik einer Vollbeschäftigung in den Staaten der EWG. Der Referent schilderte den komplizierten Werdegang des Sozialfonds, der jetzt beschlossen und durch Verordnung praktikabel sein wird, weil ein Nachtragshaushalt Mittel dafür bereitgestellt hat. Staaten oder Körperschaften öffentlichen Rechts, die Mittel aufgewendet haben, „um die Beschäftigungsmöglichkeiten der Arbeitskräfte im Gemeinsamen Markt - zu verbessern und damit zur Hebung der Lebenshaltung beizutragen“ (Art. 123), können, wie es im Art. 125 festgelegt ist, 50 vH der aufgewandten Kosten, die z. B. durch Berufsumschulung oder als Umsiedlungsbeihilfen entstanden sind, erstattet bekommen. Die Bestimmung, daß Beihilfen aus dem Sozialfonds an Körperschaften öffentlichen Rechts in der angegebenen Höhe gezahlt werden, sollte besonders von den Gewerkschaften beachtet werden, damit sie Mittel und Wege finden, ihren Anteil zu sichern, wenn und weil sie im Sinne des Art. 123 des EWG-Vertrages Beihilfe geleistet haben.

Ebenso wichtige Schlußfolgerungen für die Gewerkschaftsbewegung ergeben sich aus dem Vortrag, den *Norbert Kohlhasse* (Pressestelle der Kommission der EWG in Brüssel) über die „Grenzen und Möglichkeiten einer europäischen Regional- und Strukturpolitik“ vor den erfreulich zahlreichen Tagungsteilnehmern hielt. Die Verwirklichung der in den Art. 91

bis 94 vorgesehenen „Gemeinsamen Regeln“ des EWG-Vertrages sind noch völlig im Zustand theoretischer Überlegungen. Regionalpolitik stellt einen Spezialzweig der Wirtschaftspolitik dar. Bisher ist er kaum bearbeitet worden, weil dafür neue Forschungsmethoden erforderlich sind. Die einzelnen Teilnehmerstaaten haben noch nicht versucht, Lösungen zu finden. Die EWG steht noch am Anfang ihrer Arbeiten auf diesem Gebiet, das die letzte Stufe in der Folge Zollunion, Wirtschaftsunion und politische Union darstellt. Standortprobleme, Konzentrationsbewegungen, Angleich der Wohlstands- und Sozialverhältnisse usw. spielen dabei eine Rolle, im wesentlichen aber ist das Regionalprogramm ein geographisches und industrielles Problem der Unterentwicklung mit der ganzen Fülle von Teilfragen, die sich daraus ergeben, daß es sich hier um die Struktur der Gesamtwirtschaft im Bereich der Vertragsstaaten handelt. Die offensichtlichen Schwierigkeiten einer Neuordnung haben es mit sich gebracht, daß der Sektor Regional- und Strukturpolitik in der EWG bisher vernachlässigt worden ist. Er kann bei entsprechender Durchdringung nützliche Wirkungen ausstrahlen; er ist der eigentliche politische Kern des EWG-Vertrages, und er kann und soll nach dem Willen der vertragschließenden Staaten die eigentliche Leistung des EWG-Vertrages darstellen.

Der Landesverband Hamburg der Europa-Union hat sich mit der Durchführung dieser Tagung ein Verdienst erworben. Wie notwendig sie war, ergibt sich bereits daraus, daß die sozialpolitischen Vorschriften im EWG-Vertrag erst im Laufe des vergangenen Jahres zum Tragen gekommen sind. Die Öffentlichkeit ist, soweit sie überhaupt interessiert ist, kaum informiert. Was sich da auf höchster Ebene der EWG als Beginn einer gemeinsamen europäischen Sozialpolitik konkretisiert hat, sind erste tastende Versuche neben der wirtschaftlichen Integrierung, die ja selbst noch im Erprobungsstadium ist. Aber sie sind ein vielversprechender Anfang. Alle Referenten wiesen mit Recht auf die enormen Schwierigkeiten hin, die zu überwinden waren, um zu diesem Ergebnis zu gelangen. Die Gesetze der freien Marktwirtschaft vertragen sich von der Substanz her nur langsam mit den Erfordernissen moderner Sozialpolitik. Interessanterweise wurde das am deutlichsten bei dem Tagungsthema, das sozusagen am Rande lag, nämlich bei der Betrachtung der *Entwicklungshilfe in Afrika*, worüber Direktor *Lefebvre* von der Investitionsabteilung der EWG in Brüssel referierte. Hier offenbarten sich am deutlichsten die mangelnden Möglichkeiten der EWG, der der Kitt der solidarischen Zusammengehörigkeit doch noch weitgehend fehlt. Vielleicht erwuchs aus dieser Sorge die offene Ablehnung, ideologisch zu beeinflussen und sich mit finanzieller und technischer Hilfeleistung zu bescheiden. Und noch ein anderer

Eindruck verdient erwähnt zu werden, weil er die Gewerkschaftsbewegung besonders angeht. Alle Referate und Berichte zeigten mehr oder weniger deutlich, wie sehr die Arbeitnehmer im Rahmen des EWG-Vertrages Objekte einer Politik sind, die sich an ihnen und mit ihnen vollziehen soll. Dabei machte es kaum einen Unterschied, ob es um die cafoni

Südtaliens, die Bergmänner Belgiens oder die Metallarbeiter in der Bundesrepublik ging. Hier wurde offenbar, daß die EWG Bestandteil eines sehr bewußten politischen Zusammenschlusses ist. Wieweit er den gewerkschaftspolitischen Absichten entspricht und gerecht wird, muß dauernd aufmerksam und kritisch untersucht werden. *Hermann Lücke*